

Horst Adler

Wider das Vergessen - für eine ehrliche deutsch-polnische Verständigung

Festrede
beim Schweidnitzer Heimattreffen
in Reutlingen am 15.9.1996¹

(Sehr geehrte Gäste, meine lieben Schweidnitzer Landsleute!)

I. Vor 50 Jahren, im Sommer 1946, rollten die ersten Güterwagen mit heimatlos gemachten und ausgeplünderten Schweidnitzern in eine ungewisse Zukunft. Wie wenig Widerhall findet die Tragödie, die 15 Millionen Deutsche traf und zweieinhalb Millionen Opfer forderte, heute noch. Ist es nach 50 Jahren nicht an der Zeit, darüber zu schweigen - wie viele meinen -, sie zu vergessen?

Anfang dieses Jahres weilte der israelische Staatspräsident in der Bundesrepublik. Er schrieb damals: "Wir werden nicht vergessen, und wir werden auch nicht zulassen, daß vergessen wird." Wir wollen, daß auch das Schicksal Ostdeutschlands und seiner ehemaligen Bewohner nicht vergessen wird! Viel, zuviel ist bereits untergegangen im Strom der Zeit!

Am Anfang dieser Rede sollen ein paar kurze, aber notwendige Erinnerungen an den weiten Weg stehen, der von den furchtbaren Ereignissen, die die Ostdeutschen durchleiden mußten, über die einhellige Ablehnung des unmenschlichen Gewaltaktes bis zur Ratifizierung des Grenzbestätigungsvertrag im Oktober 1991 führte.

Zu den wenigen, die im Lager der Siegermächte den Opfergang der Ostdeutschen schon früh beklagten, gehörte der britische Verleger Victor Gollancz, Sozialist jüdischen Glaubens, der die Vertreibungen 1946 so beurteilte: "Sofern das Gewissen der Menschheit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden die Vertreibungen als die unsterbliche Schande all derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben."

Bis in die sechziger Jahre war das ganze deutsche Volk - soweit es sich frei äußern durfte - mit seinen gewählten Repräsentanten einig. Alle Parteien, mit Ausnahme der von Moskau gesteuerten Kommunisten, wiesen die Anerkennung der von Stalin erzwungenen Demarkationslinie entlang der Oder und Lausitzer Neiße weit von sich. Sie bedeutete ja nicht nur die Abtrennung von einem Viertel des schon nach 1918 beträchtlich geschrumpften kleindeutschen Bismarckreiches. Geradezu unvorstellbar war, daß aus den abzutrennenden Gebieten fast die gesamte Bevölkerung vertrieben und durch eine neue, dem Land völlig fremde, ersetzt werden sollte.

Das Gedächtnis unserer Politiker scheint freilich sehr kurz. Deshalb müssen wir an ihre Worte von einst erinnern. Aus einer Fülle ähnlicher Aussagen führender Politiker will ich hier nur zwei Beispiele anführen.

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher erklärte 1951 in Berlin: "Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."

¹ Dieser Text wurde in der Tägliche Rundschau, Reutlingen, 4/1996, S. 13-15 gedruckt. Ein Abdruck erschien in polnischer Übersetzung in Nr. der „Wiadomości Świdnickie“ des Schweidnitzer Verlegers Jerzy Kubara, dem dafür Dank gebührt. Leider wurde der Text stark gekürzt. Die weggelassenen Teile sind hier kursiv und unterstrichen wiedergegeben. In der gleichen Nummer erschien auch, ebenfalls gekürzt, die Rede, die Oberst a.D. Klaus-Dietrich Böhm auf dem Treffen der Bundesheimatgruppe Schweidnitz in Görlitz am 9.2002 gehalten hatte. Die deutsche Fassung dieses Vortrages ist (mit einigen vom Autor nicht genehmigten Änderungen) in der Tägliche Rundschau, Reutlingen, 4/2002 abgedruckt. Erste polnische Diskussionsbeiträge kenne ich aus den Nummern 19/724 vom 13.-19.5.2003 und ... Weitere mögen folgen.

Zwölf Jahre später, 1963, veröffentlichte Herbert Wehner zusammen mit Erich Ollenhauer und Willy Brandt im Namen der SPD einen Aufruf zum Schlesier-Treffen, der mit dem Bekenntnis schloß: "Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten?"

Es kann nicht Aufgabe dieser zeitlich begrenzten Rede sein, den langwierigen und komplizierten Prozeß darzustellen, mit dem sich seit dem Ende der Ära Adenauer 1963 eine Wende vollzog. Nur soviel: Ein Meilenstein war die Bildung der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel im Jahre 1969 und die anschließende "neue Ostpolitik". Zwar hält auch sie noch formal am Friedensvertragsvorbehalt fest, doch vollzieht sich ein atmosphärischer Wandel. Die Vertriebenen werden immer mehr als Störenfriede und "Ewiggestrige" bezeichnet, ihre Vertreter als "Berufsvertriebene" diffamiert.

Eine Voraussetzung für die allmähliche Gewöhnung der Deutschen an eine zunächst völlig undenkbarere Hinnahme der Oder-Neiße-Grenze war die massive publizistische Unterstützung durch die Massenmedien. Besonders hervorzuheben hat sich dabei eine unheilige Hamburger Dreieinigkeit. Augsteins SPIEGEL, Nannens STERN und DIE ZEIT der ostpreußischen Gräfin Dönhoff können sich das "Hauptverdienst" zuschreiben, einen Bewußtseinswandel herbeigeführt zu haben. Die meisten Fernsehanstalten leisteten "tapfer" Hilfestellung.

Auch die Kirchen trugen das ihre dazu bei. Insbesondere die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche vom Oktober 1965 ebnete den Weg. Ein Kreis westdeutscher Katholiken folgte 1968. Die deutschen katholischen Bischöfe hatten zuvor auf dem vatikanischen Konzil im November 1965 den bekannten Versöhnungsbrief des polnischen Episkopats erhalten, in dem am Ende einer sehr angreifbaren Rechtfertigung der Oder-Neiße-Grenze auch der Satz stand: "Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung". Er hätte Ansatzpunkt für eine ehrliche Aufarbeitung von gegenseitiger Schuld sein können. Durch einen bald darauf unter dem Druck der kommunistischen Regierung von den polnischen Kanzeln verlesenen Hirtenbrief, der jede polnische Schuld kategorisch verneinte, wurde dieser Ansatz zu nichts gemacht.

Schließlich hatte die Studentenbewegung der 68er mit ihrer Absage an alle Autorität, an Staat und Nation einen nicht zu unterschätzenden Anteil.

Auch die CDU paßte sich an die scheinbar nicht zu revidierende "Realität" immer mehr an, trotz der 1982 versprochenen "Wende". Schließlich war sie auf die FDP mit ihrem Außenminister Genscher angewiesen. Die weitergeführte "neue Ostpolitik" brachte dann sogar die innere Akzeptanz des "zweiten deutschen Staates", der sogenannten "Deutschen Demokratischen Republik" und verhalf Erich Honecker 1987 zu dem Triumph, mit allen für einen "ausländischen" Staatsmann vorgesehenen Ehrenbezeugungen in der Bundesrepublik empfangen zu werden.

Ein völlig unerwartetes und unverdientes Geschehen, verbunden mit dem Namen Gorbatschow und der Volksbewegung in der "DDR", ließ dann das von kaum einem Politiker in Bonn noch Geglaubte Realität werden: den Anschluß der ehemaligen Sowjetzone, der "DDR", an die drei Westzonen, die alte Bundesrepublik.

Unter Aufgabe des "Friedensvertragsvorbehalts" wurde 1990 in den 2+4-Gesprächen - ohne Beteiligung der Hauptbetroffenen, der Vertriebenen, und ohne jeden Versuch, das Thema überhaupt noch zu erörtern - der Verzicht auf Ostdeutschland ausgesprochen und die Streichung des Artikels 23 aus dem Grundgesetz angeboten. Den Schlußakt in der langen Geschichte der Oder-Neiße-Linie bildete dann die Ratifizierung des Grenzbestätigungs- sowie eines Nachbarschaftsvertrages durch den Bundestag am 17. Oktober 1991. Daß dabei stehend Beifall gespendet wurde, ist mehr als eine Stilfrage. Wenn schon die nach 1945 durch nackte Gewalt geschaffene Situation vernünftigerweise 1990/91 nicht mehr zu revidieren gewesen wäre - was ich realistisch als gegeben annehme - wäre dann nicht wenigstens Trauer angesagt gewesen statt beflissenen Beifalls für die Kodifikation des Unrechts?

II. Nun ist es schon fünf Jahre, seit die deutsch-polnische Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland bestätigt wurde. Niemand wird von uns Vertriebenen erwarten können, daß wir den Grenzbestätigungsvertrag freudig begrüßen. Gebunden sind freilich auch wir an das, was unsere frei gewählte Volksvertretung beschlossen hat. "Pacta sunt servanda" - Verträge müssen eingehalten werden - gehört zu den selbstverständlichen Grundsätzen des Völkerrechts. Warum dann überhaupt noch davon sprechen? Ist mit der Ratifikation des Vertrages die Sache nicht abgetan?

Nichts ist geregelt, was nicht gerecht geregelt ist! Der Wahlspruch von Papst Pius XII. "Der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit" gilt heute wie eh und je! Und daß wir Vertriebenen diesen Vertrag nicht für ein Werk der Gerechtigkeit halten, sollte jedermann einleuchten.

Wir müssen um die Gerechtigkeit ringen. Unsere Aufgabe muß sein, stets von Schlesien zu sprechen, das Bewußtsein zu wecken und wachzuhalten, daß es einst deutsch war und die Steine noch von den deutschen Kulturleistungen zeugen, auch das Wissen weiterzugeben, welch grausames Schicksal die ostdeutschen Menschen erlitten haben.

Dabei geht es ja nicht nur um das individuelle Schicksal des einzelnen Vertriebenen. Der einst so kräftige Stamm der Schlesier, der Deutschland und der Welt so viel geschenkt hat, wurde ganz bewußt auf den Aussterbeetat gesetzt. Auch das ist ein Genozid - ein Völkermord! Die Hoffnung auf eine biologische Endlösung durch den Tod der Vertriebenen ist blanker Zynismus.

Goethe und Schiller sind durch ihren Aufenthalt in Weimar nun angeblich zu Ostdeutschen geworden! Was aber sind - um nur ein paar Namen zu nennen - dann der Breslauer Minnesänger Heinrich IV. aus dem Haus der Piasten, was Martin Opitz, Andreas Gryphius, Angelus Silesius, Joseph Freiherr von Eichendorff oder Gerhart Hauptmann? Seine "Weber" kann keine Bühne mehr in der Urfassung im schlesischen Dialekt spielen!

Freilich hilft es nicht weiter, nur über Verlorenes zu klagen. Wir müssen auch den Dialog mit Polen suchen. Erst jetzt, nach dem Ende der kommunistischen Diktatur, kann mit einiger Aussicht auf Offenheit geführt werden. Er ist allerdings besonders schwierig, weil sich dort inzwischen schon über Generationen hinweg ein ganz falsches Geschichtsbild in den Köpfen festgesetzt hat. Wir können uns nur bemühen, es mit der im Kommunismus stets unterdrückten geschichtlichen Wahrheit zu konfrontieren.

Hauptgegenstand eines ehrlichen deutsch-polnischen Dialogs müßten die von polnischer Seite vorgetragenen, in Deutschland unreflektiert übernommenen Rechtfertigungsversuche für die Vertreibung sein. Dieser Vortrag kann sie nur allzu knapp anreißen.

1) Da ist einmal die **Kompensationsthese**. Sie besagt, die deutschen Ostgebiete seien ein notwendiger Ersatz für das flächenmäßig sogar größere ostpolnische Gebiet, das Stalin im September 1939 im Zusammenwirken mit Hitler besetzte und nicht wieder herausgeben wollte.

Richtig daran ist, daß die Weigerung Stalins Ausgangspunkt für die Pläne der Alliierten war, Polen im Westen mit deutschem Territorium zu entschädigen. Aber Polen hatte sich das Gebiet östlich der in Versailles vom britischen Außenminister vorgeschlagenen und nach ihm benannten Curzon-Linie, erst 1920/21 durch einen Krieg gegen Rußland einverleibt.

In diesem Territorium bildeten die Polen eine Minderheit von etwa einem Drittel. Wo war die unabwiesbare Notwendigkeit, etwa 10 Millionen² deutsche Menschen aus ihrer Heimat zu vertreiben, um "Lebensraum" für 1,5 Millionen Ostpolen zu schaffen? Noch heute beweist ein Vergleich der Bevölkerungsdichte, daß es sie nicht gab. 1994 lebten pro Quadratkilometer in Deutschland 225, in Polen 123 Einwohner!

2) Eine **"historische" Begründung** spricht davon, Polen sei durch einen Akt ausgleichender Gerechtigkeit auf uralte polnische Erde zurückgekehrt. Auch heute noch ist diese These verbreitet. Ich zitiere aus einer in Schweidnitz zum 8. Mai 1995 gehaltenen Rede: "Zugleich bedeutete das /Einrücken der Roten Armee in Schweidnitz am 8.5.1945/ die Rückkehr des Piastenbodens zu Polen, des Bodens, der historisch seit Jahrhunderten dem polnischen Staat angehörte, stückweise erobert und an das Deutsche Kaisertum und später durch die Feudalherren und die deutschen Militaristen an Preußen angegliedert wurde." Dazu sei nur angemerkt: Es gibt nicht ein einziges polnischsprachiges Dokument zur Geschichte von Schweidnitz! - Man könnte über soviel Unsinn lachen, wäre es nicht zum Weinen. Nur soviel, um solche Ansprüche ad absurdum zu führen: nach diesem Maßstab könnte Deutschland auf halb Europa Anspruch erheben: auf Österreich, das Elsaß, Luxemburg, die Schweiz, die Niederlande und Belgien, aber auch Böhmen und Mähren und weite Teile Italiens. - Und die Vereinigten Staaten von Amerika müßten bei der Anerkennung solcher Kriterien umgehend den Indianern zurückerstattet werden. Genau der aberwitzigen Gedankenspiele!

3) Sehr populär ist die Ansicht, Gebietsverlust und Vertreibung seien **gerechte "Vergeltung"** und Strafe für "deutsche" Verbrechen gegenüber Polen. Auch kritische Polen lehnen sie ab. Sie setzt ja voraus, daß ein Volk kollektiv schuldig werden könnte. Die meisten Vertriebenen aber hatten keinen Anteil an den unbestrittenen Verbrechen des Nazi-Regimes. Die Verbrecher saßen auch nicht überwiegend in Ostdeutschland, einige der prominentesten kamen aus Österreich, wie Hitler selbst. Eine Kollektivstrafe trifft immer Schuldige und Unschuldige und kann deshalb an sich nicht gerecht sein. Wieviel weniger ist sie es, wenn sie nur die Ostdeutschen trifft?

² In der polnischen Übersetzung werden daraus 20 Millionen!

4) Eine neuerdings stark betonte Variante ist, Polen sei bei Landraub und Vertreibung **unschuldiges "Opfer" der Alliierten** gewesen. Die Siegermächte hätten Polen in Potsdam beauftragt, ja geradezu gezwungen, die Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Lausitzer Neiße umzusiedeln.

Richtig ist, daß Churchill schon 1943 in Teheran die polnische Westverschiebung ins Spiel brachte, und daß er wie Roosevelt die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung aus den an Polen abzutretenden Gebieten bedenkenlos ins Auge faßte.

Offen blieb dabei die wichtige Frage, wie weit Polen nach Westen verschoben werden sollte. Weder in Teheran noch in Jalta oder Potsdam haben die Westmächte je daran gedacht, die polnische Grenze bis über die Oder (Stettin!) und bis zur Lausitzer Neiße auszudehnen! Allenfalls wollten Briten und Amerikaner außer Ostpreußen das Land östlich der Oder an Polen geben, unter Umständen noch ganz Oberschlesiens mit der Grenze an Oder und Glatzer Neiße. Die Größenordnung der Umsiedlungen wäre dadurch ganz bedeutend reduziert worden - das moralische Unrecht freilich nicht gemildert. - Die Grenze an Oder und Lausitzer Neiße wurde durch Stalin gewaltsam präjudiziert. Sie entsprach aber auch entschiedenen polnischen Forderungen, insbesondere der von Stalin eingesetzten kommunistischen Marionettenregierung. Die demokratische Londoner Exilregierung weigerte sich zwar, die Abtretung Ostpolens an die Sowjetunion zu akzeptieren, verlangte aber trotzdem zusätzlichen Landgewinn im Westen. Kurz vor der Teheraner Konferenz 1943 erklärte Ministerpräsident Mikolajczyk unmißverständlich: "Die Übergabe Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens an Polen sowie die Begräbigung !! und Verkürzung !! der polnischen Westgrenze sind auf jeden Fall ... geboten. Die Übergabe dieser Gebiete an Polen kann daher gerechterweise nicht als Objekt einer Kompensation dafür behandelt werden, daß polnische Ostgebiete an die Sowjetunion abgetreten werden". Sein Nachfolger Arciszewski forderte im Dezember 1944 die Eingliederung Ostpreußens, Oberschlesiens und von Teilen Pommerns, erklärte aber gleichzeitig: "Wir wollen weder Breslau noch Stettin." - Soviel zur Frage der Grenzziehung.

Zur Begründung der Vertreibung beruft sich die polnische Seite zu Unrecht auf das Potsdamer Komunique vom 2. August 1945.³ Abgesehen davon, daß die Vertreibungen schon vorher begonnen hatten, ergibt sein Wortlaut keine Berechtigung für die Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten. Angesprochen werden nur Umsiedlungen aus POLEN selbst, zu dem Schlesien - ausdrücklich nur unter polnischer Verwaltung gestellt! - nicht gehörte. Selbst für sie verlangt es eine "ordnungsgemäße und humane Überführung"! Mit der Vertreibung wollten die polnischen Behörden, mit Hilfe Stalins, vollendete Tatsachen schaffen, ehe die in Potsdam vorgesehene Friedenskonferenz die Demarkationslinie weiter nach Osten verschieben konnte.

5) So bleibt als letzte Begründung nur das **Recht des Stärkeren**, die nackte Gewalt, das "Wehe den Besiegten". Diesem Rechtfertigungsprinzip aber kann man nur zustimmen, wenn man die sozialdarwinistischen Maßstäbe Hitlers und Stalins übernimmt. Zurück zum Faustrecht des Neandertalers! Können wir ein neues Europa auf solch unsicheren Fundamenten bauen? Die deutschen Vertriebenen wollen es nicht. Sie haben Gewalt und Rache schon 1950 in der Charta der Vertriebenen abgeschworen.

6) All denen, die mit wenig Kenntnis der deutsch-polnischen Geschichte Gebietsverlust und Vertreibung einzig und allein als Reaktion auf Hitler und seine Verbrechen verstehen wollen, kann ich hier aus Zeitgründen keinen Nachhilfeunterricht erteilen. Nur dies: Polnische Ansprüche auf Ostpreußen und Schlesien bestanden schon lange vor Hitler. Der Erzbischof von Posen und Gnesen weist solche Bestrebungen seiner polnischen Landsleute schon 1892 zurück: "Schlesien ist seit mehr als 500 Jahren tatsächlich und rechtlich von den polnischen Stämmen der ehemaligen Monarchie losgetrennt. Seit noch längerer Zeit unter deutschem Einfluß stehend, kann es von uns nicht als rechtmäßiges Gebiet der politischen Arbeit in unserem Sinne betrachtet werden. Es gibt keine lebendige polnische geschichtliche Überlieferung im schlesischen Volk." - Genugsam bekannt sind die Versuche Korfantys, noch nach der für Deutschland entschiedenen Volksabstimmung 1921 mit Waffengewalt unter tatkräftiger Unterstützung durch polnische Truppen die Loslösung Oberschlesiens zu erzwingen. Er scheiterte am Annaberg. Von der Qualität des deutsch-polnischen Verhältnisses vor Hitler zeugt, daß keine der demokratischen Regierungen in der Weimarer Republik sich mit dem Verlust Posens, Westpreußens,

³ Den ersten Satz hat der Übersetzer falsch übersetzt! Erstens läßt er die Potsdamer Konferenz nur einen Tag dauern, wichtiger: er interpretiert meine Worte falsch, indem er das „zu Unrecht sich berufen“ als Attribut „ungerecht“ der Potsdamer Konferenz zuordnet. Aus diesem grundlegenden Übersetzungsfehler ergeben sich dann in der Polemik der Leser selbstverständlich Missverständnisse. – Ob noch weitere Übersetzungsfehler vorliegen, kann ich auf Grund meiner schwachen polnischen Sprachkenntnisse nicht sicher belegen.

Ostoberschlesiens und Danzigs abfinden wollte, aber auch die Polonisierungspolitik in diesen Gebieten, die bis 1939 etwa eine Million Deutsche zur Abwanderung veranlaßte.

Gewiß kann die letzte Verantwortung Hitlers - im Zusammenwirken mit Stalin - für den Einmarsch in Polen nicht geleugnet werden. Die danach dem polnischen Volk durch das verbrecherische NS-Regime zugefügten Leiden dürfen nicht verkleinert oder gar vergessen werden. Ich nenne nur stichwortartig: Gebietsabtrennungen über das nach 1919 von Polen Gewonnene hinaus - Verweigerung einer polnischen Eigenstaatlichkeit - Enteignung und brutale Vertreibung von Polen aus dem Warthegau ins Generalgouvernement zur Ansiedlung von Volksdeutschen, Dezimierung der polnischen Eliten, Verschleppung zur Zwangsarbeit, persönliche Diskriminierung, drakonische Strafen bei geringfügigen Vergehen bis hin zur Todesstrafe.

Nun geht es darum, daß Deutsche und Polen ehrlicher als bisher mit ihrer gemeinsamen Geschichte umgehen. Nur durch absolute Offenheit kann vielleicht aus dem früheren Gegeneinander, dem jetzigen weithin eher indifferenten Nebeneinander in der Zukunft ein aufrichtiges Miteinander in Europa werden. Das fordert Zugeständnisse und Opfer, nicht nur von uns.

Ob es uns gefällt oder nicht: Rückgängig machen kann man die historische Entwicklung von 50 Jahren nicht mehr. Die "normative Kraft des Faktischen" kann zwar Unrecht nicht zu Recht machen, sie hat aber Fakten geschaffen, die nur durch erneutes Unrecht zu beseitigen wären. Niemand von uns denkt doch daran, die heute in Schweidnitz lebenden 63 000 Polen erneut zu vertreiben - Menschen wie du und ich, oft durch vielfältig verschlungene Schicksale dorthin verschlagen, zum großen Teil schon dort geboren. Abgesehen davon, daß wir es nicht könnten - wir wollen es auch nicht.

Doch erscheint es mir nicht nur als Recht, sondern als Pflicht und Verpflichtung, Vorstellungen für einen ehrlichen, nicht nur rein formalen Ausgleich mit Polen zu entwickeln, die wir Heimatvertriebene als unmittelbar Betroffene für unverzichtbar halten. Sie richten sich primär an die polnischen Machthaber, aber auch an die Bundesregierung, von der wir erwarten, daß sie nun auch die berechtigten Interessen der Ostdeutschen - der echten! - vertritt.

Ausklammern muß ich hier leider die wichtigen Probleme der in Oberschlesien verbliebenen, dort zur "deutschen Minderheit in Polen" gewordenen Landsleute. Das heißt nicht, daß ich ihre große Bedeutung übersehe. Mein Thema sind aber heute die Vertriebenen.

1) Die erste Forderung für sie ist die **Anerkennung des Heimatrechtes** als unverzichtbares Menschenrecht. Dazu gebe ich Aussagen zu bedenken, die Johannes Paul II., der Papst aus Polen, 1982 machte: "Der Mensch darf nicht des Grundrechtes beraubt werden, in dem Vaterland zu leben und zu atmen, in dem er das Licht der Welt erblickt hat, in dem er die teuersten Erinnerungen an seine Familie bewahrt, die Gräber seiner Vorfahren, die Kultur, die ihm seine geistige Identität verleiht und sie nährt, die Traditionen, die ihm Lebenskraft und Glück schenken, die Gesamtheit der menschlichen Beziehungen, die ihn stärken und schützen." Allerdings meinte er dabei nicht die vertriebenen Ostdeutschen! Mit dem Heimatrecht verbunden ist natürlich das Angebot zur Rückkehr an alle Vertriebenen, die das wünschen.

2) Aus der Akzeptanz des Heimatrechtes als fundamentales Menschenrecht ergibt sich, daß seine Verletzung ein schwerer Verstoß gegen die sittliche Grundordnung menschlichen Zusammenlebens ist. Deshalb fordern wir ein entschiedenes Abrücken der heutigen Machthaber in Polen von dem unmenschlichen Hinausjagen völlig unschuldiger Menschen aus ihrer Heimat. Bisher war eine solche Aussage nur von Alfons Nossol, dem mutigen Bischof von Oppeln, zu hören. Er sagte: "Die Vertreibung als solche ist ein Verbrechen. So wie die nationalsozialistischen Verbrechen gebrandmarkt worden sind, so muß man auch dieses Verbrechen beim Namen nennen." Ein ähnliches befreiendes Wort aus dem Munde des polnischen Staatspräsidenten wäre eine notwendige moralische Wiedergutmachung des uns angetanen Unrechts.

3) Ein besonders heißes Eisen kann ich hier nur streifen: die heikle Frage nach der materiellen Entschädigung für die entgegen dem Völkerrecht beschlagnahmten privaten Vermögenswerte. Den Anspruch darauf hält die Bundesregierung bis heute zurecht aufrecht. Aber lassen Sie mich gestehen, daß mir dieses Problem nach dem Ablauf von 50 Jahren nicht mehr so wichtig scheint. Polen wäre heute finanziell und wirtschaftlich zu einer Entschädigung gar nicht in der Lage. Mir genügt die grundsätzliche Anerkennung des Rechts. Eine konkrete Verwirklichung brauchte schöpferische Phantasie! Denken könnte man etwa an eine minimale symbolische Entschädigung, um dem Rechtsprinzip Genüge zu tun, an verbilligte Kredite oder befristete Steuerbefreiungen, wenn Vertriebene oder deren Nachkommen im alten Ostdeutschland investieren wollten. Das könnte letztlich für einen wirtschaftlichen Aufschwung

Schlesiens ähnlich wichtig werden wie schon einmal im 13. und 14. Jahrhundert. - Doch noch einmal: dieses Problem ist für mich kein zentrales.

4) Polen sucht den Weg in EU und Nato. Es setzt bei diesem schwierigen Weg auf die Unterstützung Deutschlands.⁴ Wäre es dann zuviel verlangt, wenn Bundesregierung und Bundestag ihre Hilfe davon abhängig machen, daß die in der vielstrapazierten "westlichen Wertegemeinschaft" geltenden Grundsätze auch für das deutsch-polnische Verhältnis Anwendung finden? Um wieviel glaubwürdiger würde dann das angestrebte Bemühen, China hinsichtlich seiner Tibet-Politik zu kritisieren, oder die Verurteilung der "ethnischen Säuberungen" auf dem Balkan?

5) Manche kleine Geste, die nichts kostet außer der Absage an althergebrachte nationalistische Feindbilder, könnte entkrampfen. Wenn ein Vertriebener heute nach Schlesien reist, fällt es ihm schwer, sich zurechtzufinden. In Krzyżowa finde ich zwar - dank Moltke! - zusätzlich auch den alten Namen „Kreisau“. Sonst aber brauche ich bei einer Fahrt durch Schlesien eine zweisprachige Spezialkarte. Warum, so frage ich, kann man nicht mit geringen Kosten zweisprachige Ortsschilder aufstellen? Sie wären ein kleines, aber wichtiges Zeichen dafür, daß man mit gutem Willen bereit ist, den Vertriebenen unter den veränderten Umständen wieder ein wenig Heimatgefühl zu geben.

6) Schließlich ließe sich bei beiderseitigem guten Willen auf unterer Ebene manches Konkrete in Angriff nehmen. Die Bundesheimatgruppe Striegau etwa hat schon einen Vertrag über Zusammenarbeit mit Striegau/Strzegom geschlossen. In der Präambel wird auch die Vertreibung angesprochen. Inzwischen konnte das Kriegerdenkmal restauriert und Ersatz für die verschwundene Gedenktafel am Geburtshaus des Dichters Johann Christian Günther geschaffen werden. - Warum sollte nicht auf dem Friedenskirchhof in Schweidnitz ein Gedenkstein an die dort ruhenden Mitglieder der Gemeinde und die im erzwungenen Exil fern der Heimat in aller Welt Verstorbenen erinnern?

Ganz besonders wichtig erscheint es mir, einen Unterschied zu machen zwischen den einfachen polnischen Menschen und den politisch und als Meinungsmachern Verantwortlichen. Gestatten Sie, daß ich hier einige persönliche Erfahrungen einbringe. 1974 besuchte ich erstmals nach fast 30 Jahren des erzwungenen Exils unter großen Bedenken Schweidnitz.. Anfangs fuhr ich verunsichert, fast ängstlich in "meine", nun von - wie ich meinte - feindlich gesinnten Fremden besetzte Stadt. Seitdem habe ich persönlich Verständnis, Hilfe, sogar Freundschaft bei meinen vielen anschließenden Besuchen in Schlesien gefunden. Erste Risse bekam die Vorstellung von den "feindlichen Besatzern", als eines Tages ein mir unbekannter älterer, ein gepflegtes Deutsch sprechender Mann an die Tür unseres Hotelzimmers klopfte und mir und meinem damals zwölfjährigen Sohn Brot und Salz als Zeichen des Willkommens "in meiner Heimat" reichte. Später erfuhr ich - nicht von ihm! - , daß er - ein aus Galizien vertriebener Pole, der nun schon seit Jahren in Schweidnitzer Erde ruht - im Kriege in einem deutschen Lager gegessen hatte. Diese Begegnung blieb kein Einzelfall.

Erst Mitte der achtziger Jahre nahm ich dann meine Besuche in Schlesien zu Studienzwecken wieder auf. Jeweils vier bis sechs Wochen habe ich in Schweidnitz und in Breslau Jahr für Jahr mit einfachen Menschen auf engstem Raum gewohnt, die mir mit unbefangener Herzlichkeit begegnet sind, obwohl die sprachliche Verständigung natürlich äußerst mühselig war. Der katholische Pfarrer ermöglichte mir großzügiger Weise Zugang zu den bei der Schweidnitzer Pfarrkirche erhaltenen deutschen Zeitungsbeständen, der evangelische Pastor erlaubte mir freundlich, die Reste des Archivs bei der Friedenskirche durchzusehen. Auch in der Universitätsbibliothek Breslau fand ich schon damals, also lange vor dem Ende des Kommunismus, hilfreiche Unterstützung, die bis heute andauert.

Kann ich die lebenswerten polnischen Menschen, an die ich mit guten Gefühlen denke, zu "den räuberischen Polen" rechnen, die leider auch bei uns noch in manchen Köpfen herumspuken? Sie sind so wenig verantwortlich für die Verbrechen Stalins, polnischer Politiker oder der damaligen Miliz, wie Sie und ich für die Verbrechen Hitlers an Polen und Juden! Mit ihnen kann ich ohne jede Vorbedingung gute, ja herzliche Verbindungen knüpfen.

⁴ Nato-Mitglied ist Polen inzwischen geworden, in die EU wird es 2004 eintreten. Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen die Interessen der Vertriebenen wieder bewusst verletzt. Trotzdem wird der EU-Beitritt *eo ipso* zur Niederlassungsfreiheit führen und auch andere positive Wirkungen für die Vertriebenen und deren Nachkommen haben.

Nicht entwerten will ich damit freilich meine anfänglichen Ausführungen, die sich an die Verantwortlichen in Staat, Kirche und den heute fast noch mächtigeren Massenmedien wenden, in Deutschland wie in Polen. Hier schlösse sich der Kreis.

Doch mag ich nicht enden, ohne noch ein persönliches Erlebnis aus jüngster Zeit angesprochen zu haben. Als im Herbst vorigen Jahres der junge Chefredakteur der "Wiadomosci Swidnickie" (Schweidnitzer Nachrichten) ein ausführliches Interview mit mir führte, das unter der Überschrift "Ich fühle mich als Schweidnitzer" erschien, schloß er es mit den Worten: "Ich lade Sie zu weiteren Besuchen in unserer Stadt ein - in Ihrer und meiner Stadt". Es ist für ihn nun einmal fraglos seine Stadt, in der er geboren wurde und aufwuchs. Daß ein junger Pole aber spontan erkannte, daß Schweidnitz auch meine Stadt bleibt, hat mich bewegt.

Wer freilich als Vertriebener einen solchen Kompromiß für sich nicht mittragen kann, weil er enttäuscht und verbittert auf absolute Gerechtigkeit pocht, sollte nicht als "Ewig-Gestriger", als "Revanchist", gar als "Rechtsradikaler" oder "Neofaschist" gebrandmarkt werden, wenn er nicht gerade in irrem Wahnwitz zu gewaltsamer Tat aufruft. Ich verstehe auch ihn in seiner Resignation: er liebte und liebt seine Heimat, die doch unwiederbringlich verloren ist. Ihm bleibt die wehmütige Erinnerung an ein inzwischen so nicht mehr real existierendes Schweidnitz, das er nicht loslassen kann und das ihn an die Vergangenheit mit Zauberpfeiseln kettet.

Wenn ich an unsere ferne Heimat Schweidnitz denke, rühren mich Verse unseres schlesischen Dichters Joseph v. Eichendorff an. Auch er erinnert sich aus der Ferne wehmütig und voll Heimweh des verlorenen, doch nie vergeßbaren Paradieses seiner Kindheit auf Schloß Lubowitz. Das an seinen Bruder gerichtete Gedicht trägt die Überschrift "Die Heimat":

Denkst Du des Schlosses noch auf stiller Höh'?
Das Horn lockt nächtlich dort,
Als ob's dich rief,
Am Abgrund grast das Reh,
Es rauscht der Wald verwirrend aus der Tiefe -
O stille, wecke nicht, es war als schlief
Da drunten ein unnennbar Weh.

Kennst du den Garten? - Wenn sich Lenz erneut,
Geht dort ein Mädchen auf den kühlen Gängen
Still durch die Einsamkeit,
Und weckt den leisen Strom von Zauberklängen,
Als ob die Blumen und die Bäume sängen
Rings von der alten schönen Zeit.

Ihr Wipfel und ihr Bronnen rauscht nur zu!
Wohin du auch in wilder Lust magst dringen,
Du findest nirgends Ruh,
Erreichen wird dich das geheime Singen, -
Ach, dieses Bannes zauberischen Ringen
Entfliehn wir nimmer, ich und du!